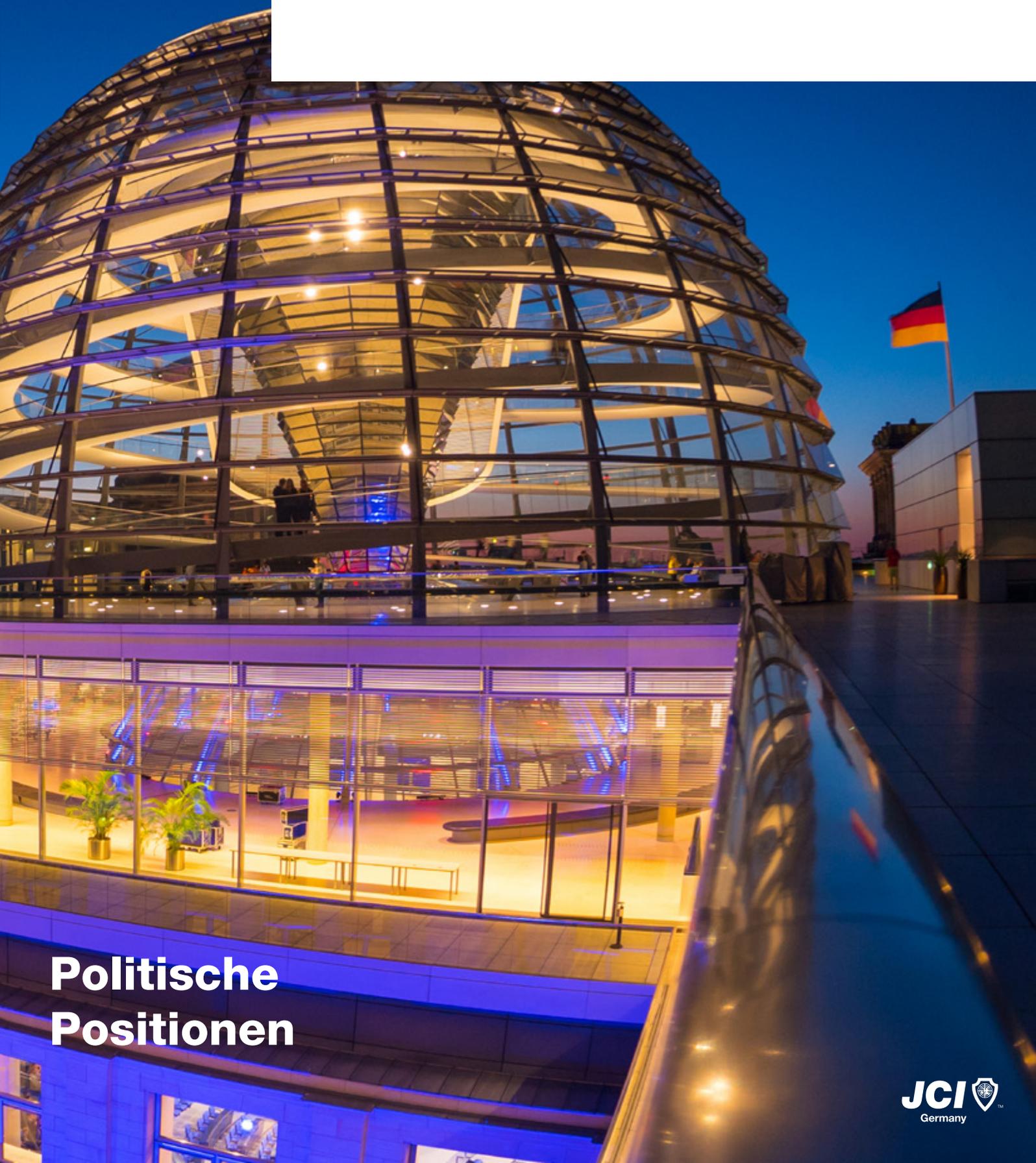


# JUNGE WIRTSCHAFT



**Politische  
Positionen**

## JUNGE WIRTSCHAFT



# JUNGE WIRTSCHAFT

## Wer wir sind

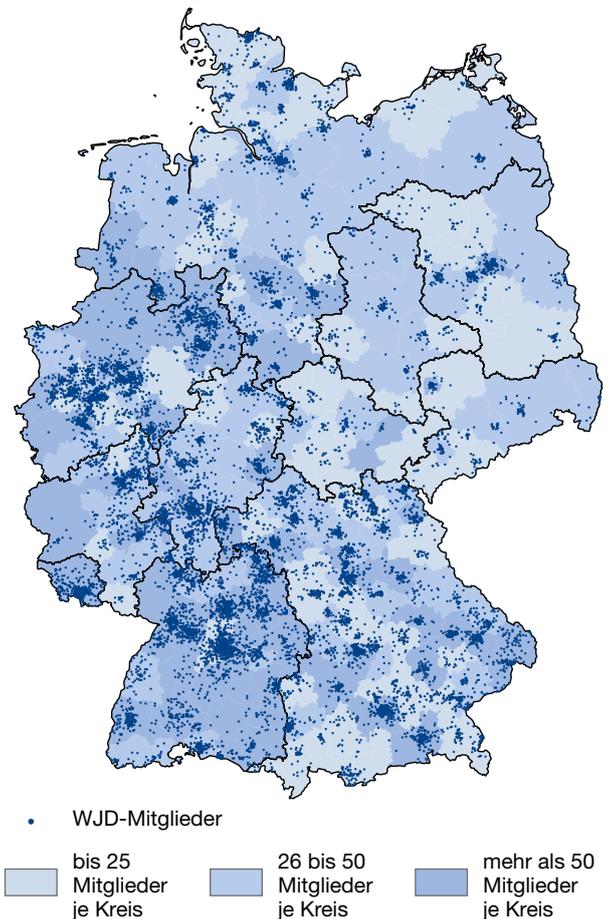
Unsere Mitglieder sind jung – im Durchschnitt 34 Jahre. Sie sind Führungskräfte und Unternehmer, erfolgreich in allen Branchen der Wirtschaft wie dem Dienstleistungssektor, dem Handel und der Industrie. Unsere Mitglieder repräsentieren alle Unternehmensgrößen – vom Kleinunternehmen bis zum Konzern. Zusammen verantworten wir Wirtschaftsunioren rund 300.000 Arbeitsplätze, 40.000 Ausbildungsplätze und mehr als 120 Milliarden Euro Umsatz. Gemeinsam sind wir die Stimme der Jungen Wirtschaft. Und die erheben wir, um den Standort Deutschland weiterzuentwickeln und um Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Dafür denken wir weiter – nicht nur bis zum nächsten Jahresabschluss.

Bei unseren Prinzipien setzen wir auf bewährte Tugenden wie Verantwortungsbewusstsein, Integrität und Ehrbarkeit. Wie unsere Werte basieren auch unsere Positionen auf praktischen Erfahrungen im Unternehmen. Gesellschaftliche Veränderungen spüren wir hier als Erste. Im Gegensatz zu anderen Verbänden zeichnen wir uns aber nicht nur durch Interessenvertretung aus, sondern auch durch ehrenamtliches Engagement. Wir sorgen mit unseren Projekten für eine bessere Bildung, für innovatives Unternehmertum, für mehr Zusammenhalt und Lebensqualität sowie einen starken Wirtschaftsstandort Deutschland.

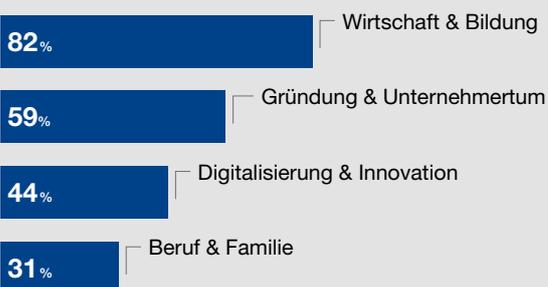
## Warum sind Sie bei den Wirtschaftsunioren?



## Mitglieder der Wirtschaftsunioren



## Welche Themen interessieren Sie besonders?



## Unternehmensgröße (Größenklasse nach Definition der EU-Kommission)



Kleinstunternehmen  
 < 10 Mitarbeiter  
 < 2 Millionen € Umsatz  
**33 %**



Kleine Unternehmen  
 < 50 Mitarbeiter  
 < 10 Millionen € Umsatz  
**26 %**



Mittlere Unternehmen  
 < 250 Mitarbeiter  
 < 50 Millionen € Umsatz  
**18 %**



Große Unternehmen  
 > 250 Mitarbeiter  
 > 50 Millionen € Umsatz  
**23 %**

# KONJUNKTUR

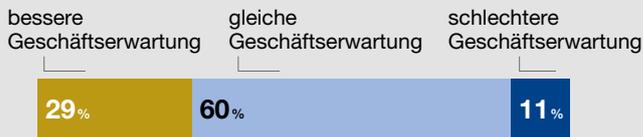


# KONJUNKTUR

## Jung, dynamisch, nicht sorglos

**Die junge Wirtschaft ist zuversichtlich und innovativ. Junge Inhaber treiben Investitionen und Beschäftigung voran.** Das zeigt eine Sonderauswertung der aktuellen DIHK-Konjunkturumfrage. 1.300 Unternehmen mit Geschäftsführern unter 40 Jahren haben geantwortet.

► Mit welcher Entwicklung rechnen Sie für Ihr Unternehmen in den kommenden 12 Monaten?



► Wie werden sich die Ausgaben Ihres Unternehmens für Investitionen im Inland in den kommenden 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?



► Wie wird sich die Beschäftigtenzahl Ihres Unternehmens im Inland in den kommenden 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?



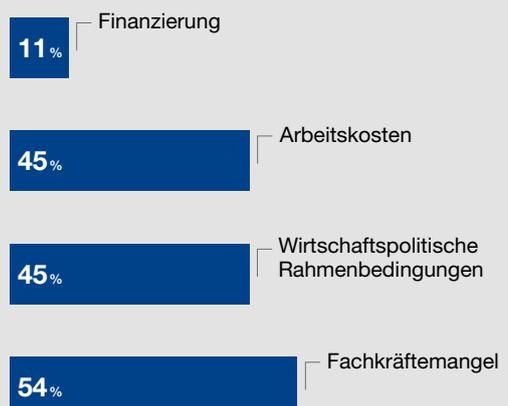
51 Prozent der Unternehmen mit jungen Chefs bewerten ihre Geschäftslage als gut. In der gesamten Wirtschaft sind es 46 Prozent. Ähnlich das Bild beim Ausblick auf die nächsten Monate: 29 Prozent der jungen Wirtschaft erwarten bessere Geschäfte, in der gesamten Wirtschaft sind es 24 Prozent.

35 Prozent der jungen Wirtschaft investieren in die Entwicklung neuer Produkte, mehr als der Schnitt aller Unternehmen (33 Prozent). Ihre Kapazitäten wollen 36 Prozent der Unternehmen mit jungen Inhabern erweitern, unter allen Unternehmen sind es 30 Prozent. Und: Mehr als jeder vierte von jungen Inhabern geführte Betrieb will neue Stellen schaffen, in der Gesamtwirtschaft ist es jeder fünfte.

**Bei aller Dynamik – der Blick der jungen Wirtschaft nach vorne ist nicht ungetrübt.** 54 Prozent der jungen Wirtschaft hat Probleme bei der Rekrutierung von Fachkräften, in der Gesamtwirtschaft sind es 48 Prozent. Hohe Arbeitskosten sehen 45 Prozent der Unternehmen mit jungem Geschäftsführer als Geschäftsrisiko, ebenfalls deutlich mehr als der Schnitt aller Unternehmen (40 Prozent). Das gilt auch für die Wirtschaftspolitik, die 45 Prozent der Jungen Wirtschaft als Risiko einstufen und 40 Prozent der Unternehmensgesamtheit. Bürokratie, hohe Steuerlasten und unsichere Aussichten auf das internationale Umfeld beschäftigen die junge Wirtschaft besonders stark.

Dr. Marc Evers, Sophia Krietenbrink

► Wo sehen Sie die größten Risiken bei der wirtschaftlichen Entwicklung Ihres Unternehmens in den kommenden 12 Monaten?



## WETTBEWERBSFÄHIGKEIT



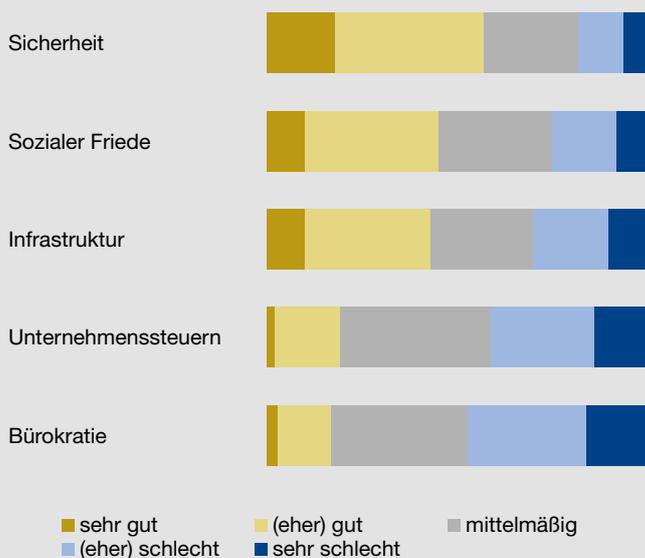
# WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

## Worum es geht

Ob als Unternehmer oder als Führungskraft – wir Wirtschaftsjunioren Deutschland stehen im stetigen Wettbewerb und müssen uns zum Beispiel schnell und unbürokratisch an neue Technologien anpassen. Als junge Wirtschaft stellen wir uns diesem Wettbewerb, damit wir unsere Unternehmen konkurrenzfähig machen und am Markt behaupten können. Die Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, die uns Unternehmern den Freiraum lässt, uns international wettbewerbsfähig aufzustellen, um Wohlstand und Beschäftigung in Deutschland zu sichern.

## Was wir denken

### ► Wie bewerten Sie die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in folgenden Bereichen?



## Was wir fordern

- Wir fordern die **Auflösung des Investitionsstaus**. Die Bereitstellung von Bildung sowie Infrastruktur wie Verkehrs-, Energie- und Kommunikationswegen ist Kernaufgabe des Staates. Der seit Jahrzehnten anwachsende und andauernde Investitionsstau gefährdet unsere Zukunftsfähigkeit.
- Es kann nicht sein, dass Unternehmen ihre Steuern nur bezahlen können, wenn sie dazu ihr Eigenkapital angreifen. Deshalb fordern wir als junge Wirtschaft eine grundlegende Steuerreform mit Ent-

lastungen durch Steuervereinfachungen sowie die **Beseitigung von Steuern auf die Substanz** wie Mieten, Zinsen und Leasing-Raten. Substanzsteuern knüpfen an einen Vermögenswert an, entstehen unabhängig vom Ertrag und müssen daher auch in Verlustsituationen bezahlt werden.

- Wie viel Steuern ein Unternehmen zahlt, darf nicht von der Rechtsform abhängen. Eine **rechtsformneutrale Besteuerung** von Unternehmen muss durch eine grundlegende Steuerreform gewährleistet werden. Gleichzeitig ist die durch komplizierte Steuergesetze und Erhebungsverfahren überbordende Bürokratie zurückzuführen. Eine einheitliche, einfache, gerechte und nachvollziehbare Besteuerung muss Maxime für Fiskus und Gesetzgebung sein.
- Kleine und mittlere Unternehmen leiden besonders stark unter Handelshemmnissen wie zum Beispiel der Einhaltung unterschiedlicher technischer Regulierungen. Wir fordern deshalb **weitere Abschlüsse von Freihandelsabkommen** durch die Europäische Union. Dabei müssen, anders als bei TTIP, die Chancen der weitgehenden Abschaffung von Marktzutrittsbarrieren für unsere Volkswirtschaft besser vermittelt werden.
- **Die hohen Energiepreise** sind ein Risiko für Konjunktur und Wachstum und gefährden die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Als junge Wirtschaft fordern wir deshalb, die Heranführung erneuerbarer Energien an den Markt. Grundsätzliches Ziel muss dabei sein, **die staatlichen Zusatzbelastungen für Unternehmen aber auch Verbraucher zu reduzieren** sowie die verschiedenen Instrumente effizient und gerecht aufeinander abzustimmen.
- Wir setzen uns für **weniger Bürokratie** ein. Daher fordern wir die Zurückverlegung des Stichtags für die Abführung der Sozialversicherungsbeiträge. Die Schaffung neuer bürokratischer Berichts- und Dokumentationspflichten mit zweifelhaftem Nutzen lehnen wir ab. Gesetzliche Regelungen von Compliance- und CSR-Berichtspflichten für Unternehmen gehören nicht zu den staatlichen Kernaufgaben.
- Nicht nur Privatpersonen, sondern auch Unternehmen müssen den Rundfunkbeitrag zahlen – unabhängig davon, ob sie Radio oder TV empfangen. Für filialisierte Handelsunternehmen entstehen dadurch erhebliche finanzielle Belastungen ohne Gegenleistung. Als junge Wirtschaft fordern wir die **Abschaffung des Rundfunkbeitrags zumindest für Unternehmen**.

# ARBEITSMARKT



# ARBEITSMARKT

## Worum es geht

Als junge Wirtschaft sehen wir uns in der Tradition des ehrbaren Kaufmanns. Wir fordern das Vertrauen der Politik in die Redlichkeit von Unternehmern und Führungskräften. Ein positives Unternehmerbild und Vertrauen in die Wirtschaft sind Voraussetzungen für ein gutes gesellschaftliches Klima, für Leistungsbereitschaft und Gründergeist. Nur mit einer starken Wirtschaft können Beschäftigung und Wohlstand auch in Zukunft gewährleistet werden.

## Was wir denken

- ▶ Inwiefern halten Sie hinsichtlich der folgenden Aspekte eine zusätzliche Regulierung oder Deregulierung des Arbeitsmarktes für erforderlich?

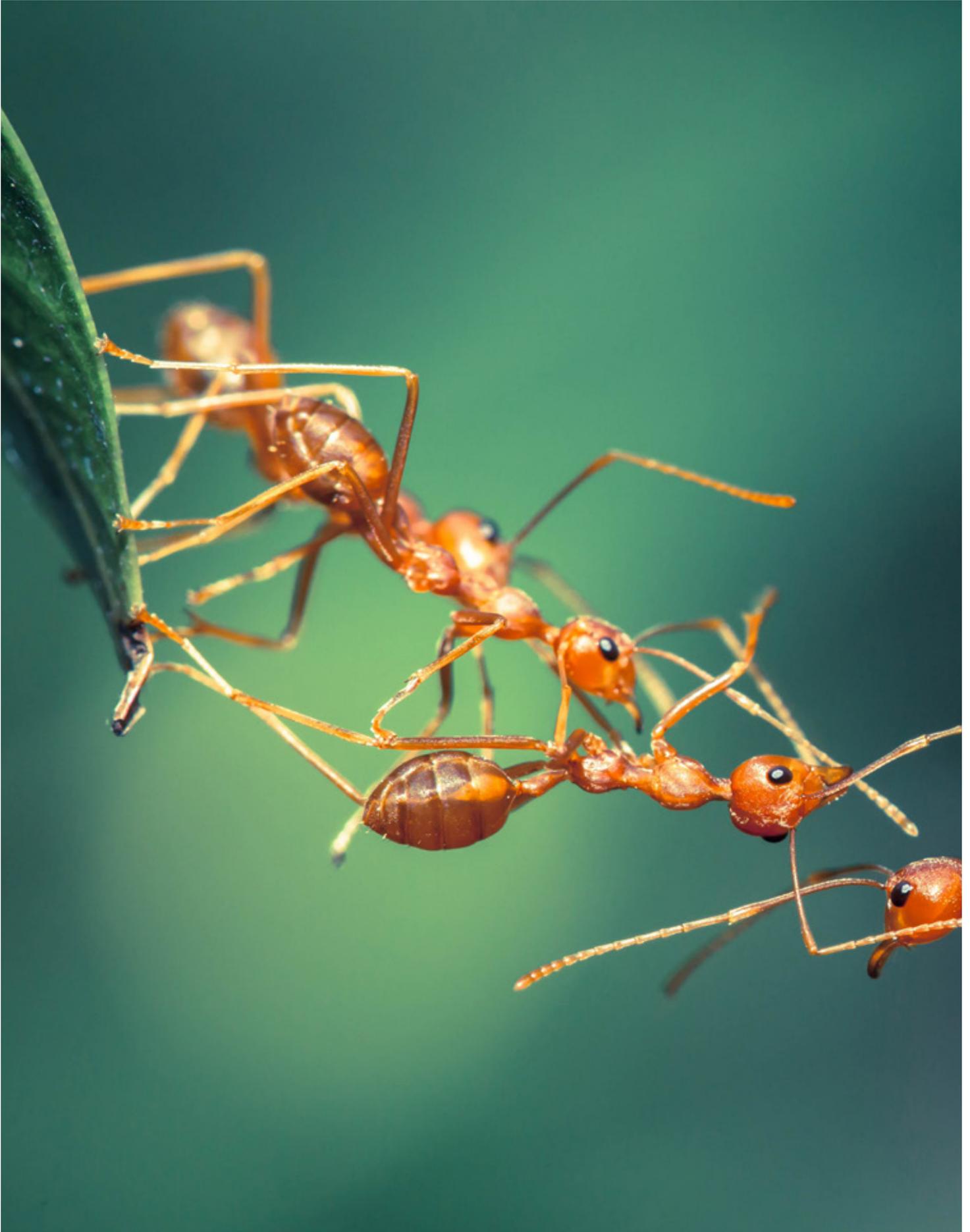


## Was wir fordern

- ▶ Die Rentenreformen der letzten Jahre gingen einseitig zulasten der jüngeren Generationen. Das demografische Problem wurde dabei nicht gelöst. **Wir fordern die Renten-, Pflege- und Sozialsysteme generationengerecht zu überdenken** und insbesondere renditestarke Versorgungsmodelle unter Einbeziehung von Immobilien, Aktien und Unternehmensanleihen zu entwickeln.

- ▶ Insbesondere Unternehmer und Selbständige sind häufig im Alter nicht abgesichert. Altersarmut betrifft zunehmend auch diejenigen, die bereit waren in der Gesellschaft für Beschäftigung und Wohlstand zu sorgen – die Unternehmer. Als Alternative zur staatlichen Altersversorgung sollten daher **Versorgungswerke für Unternehmer** an den Industrie- und Handelskammern eingerichtet und anerkannt werden.
- ▶ Leiharbeit und Werkverträge sind zwei der wenigen verbliebenen Instrumente, mit denen Unternehmer seit Generationen flexibel auf Marktschwankungen reagieren können. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sind durch die weitere Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen betroffen. Ihnen fehlt meist die Möglichkeit, Beschäftigte - zum Beispiel bei ausbleibenden Aufträgen - in anderen profitablen Unternehmensteilen einzusetzen. Daher stellen wir uns als junge Wirtschaft **gegen jede weitere Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen**.
- ▶ Zu verantwortungsvoller Unternehmensführung kann es auch gehören, sich von Arbeitnehmern zu trennen, um das Unternehmen als solches zu erhalten. Das Kündigungsschutzgesetz stellt hierfür Hürden auf, die für die meisten Unternehmen nicht praktikabel sind. Als junge Wirtschaft fordern wir Rahmenbedingungen, die den Realitäten von jungen Gründern und kleinen Unternehmen Rechnung tragen: **Unternehmen mit bis zu 15 Mitarbeitern sollten nicht dem Kündigungsschutz unterliegen**. Für mittelgroße Unternehmen sollte es zudem einen erweiterten Katalog an Kündigungsgründen geben.
- ▶ Wir stehen für eine moderne Arbeitswelt, in der Frauen selbstbestimmt und gleichberechtigt sind. **Frauenquoten in der Privatwirtschaft lehnen wir strikt ab**. Als junge Wirtschaft sind wir der Überzeugung, dass Quotenregelungen nicht Staatsaufgabe sind. Stattdessen fordern wir die Politik auf, die wirklichen Ursachen von Ungleichbehandlung zu bekämpfen.
- ▶ Staatliche Eingriffe in Lohnfindung und Lohnstruktur der Unternehmen sind kein Instrument der sozialen Marktwirtschaft, sondern ein Misstrauensbeweis gegenüber rechtschaffenden Unternehmern. Als junge Wirtschaft **lehnen wir daher das Entgeltgleichheitsgesetz ab**.

# FACHKRÄFTE



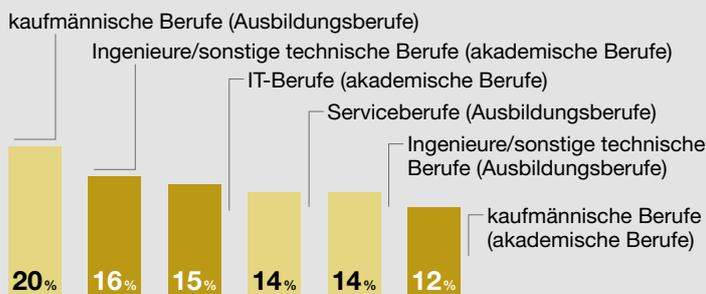
# FACHKRÄFTE

## Worum es geht

Besonders in kleinen und mittleren Unternehmen wird oft lange nach geeigneten Fachkräften gesucht und es bleiben Stellen unbesetzt. Die Politik muss Maßnahmen ergreifen und Rahmenbedingungen lockern, um bestehende Fachkräftelücken zu schließen und um eine mögliche Verschärfung des Fachkräftemangels zu vermeiden.

## Was wir denken

- Für welche Berufsfelder suchen Sie ohne Erfolg zusätzliche Arbeitskräfte?



## Was wir fordern

- Deutschland braucht gut ausgebildete Fachkräfte – insbesondere solche mit dualer Ausbildung. Wir warnen vor einer Über-Akademisierung, vorbei an den Bedürfnissen der Wirtschaft und fordern daher **drei Pflichtpraktika während der Schulzeit**. Auch für Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe sollte ein Praktikum in einem klassischen Ausbildungsberuf verpflichtend sein. Hierbei sollten auch die vielseitigen Berufsmöglichkeiten im Handwerk stärker vermittelt werden, da dort der Fachkräftemangel besonders groß ist.
- Die Zahlen von Studienabbrechern sind erschreckend hoch. Ein Grund dafür ist der mangelnde Berufs- und Praxisbezug der Studienangebote. Als junge Wirtschaft fordern wir die **Einbeziehung der Wirtschaft bei der Erstellung der Curricula**. Außerdem fordern wir mehr Unterstützung für Studienabbrecher beim Wechsel in eine berufliche Ausbildung.

- Der Bedarf an Fachkräften ist hoch. Hoch ist leider auch die Zahl der Personen ohne Berufsabschluss, was oft mit Arbeitslosigkeit oder unsicheren Beschäftigungsverhältnissen einhergeht. Dabei müssen insbesondere junge Erwachsene ohne Abschluss in den Blick genommen werden. Attraktive Angebote wie zum Beispiel **Teilzeitausbildungen** können auch in späteren Jahren noch zu einem Berufsabschluss motivieren und sollten durch öffentlichkeitswirksame Kampagnen stärker beworben werden.
- Die durchschnittliche tarifliche Wochenarbeitszeit in Deutschland liegt bei 37,7 Stunden. Vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Fachkräftemangels **warnen wir vor der weiteren Reduzierung der tariflichen Wochenarbeitszeit**. Denn mit jeder weiteren Reduzierung wird die Fachkräftebasis der Wirtschaft verkleinert und der Fachkräftemangel verstärkt.
- Als junge Wirtschaft fordern wir nationale und europäische Regelungen der Zuwanderung. Vorbild eines modernen Einwanderungsgesetzes könnte das sogenannte **Express-Entry System** der kanadischen Einwanderungsbehörde sein. Herzstück dieses Systems ist ein Online-Bewerberpool, in den sich alle Auswanderungswilligen unverbindlich eintragen lassen können, wenn sie Mindestanforderungen wie Alter, Qualifikation und Sprachkenntnisse erfüllen. Die besten Bewerber werden vom Staat oder von Unternehmern anhand flexibler Kriterien aus dem Pool gezogen und offiziell eingeladen, sich für ein Einwanderungsvisum zu bewerben.
- Wir fordern **geeignete Strukturen für die Integration von Flüchtlingen** in unsere Gesellschaft. Dazu gehört nicht zuletzt auch ein erleichterter und unbürokratischer Zugang zum Arbeitsmarkt. Hier muss die Politik die Integrationsleistung der Wirtschaft stärker unterstützen. Flüchtlinge brauchen schnell Klarheit, ob sie in Deutschland bleiben können. Die Zeitspanne von der Registrierung in Deutschland bis zur Entscheidung über den Asylantrag muss deutlich kürzer werden. Unnötige Warte- und Sperrzeiten gilt es zu vermeiden.
- Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind keine Belastung, sondern eine Stütze für die Gesellschaft. Staatliche Eingriffe in ein sozialversichertes Beschäftigungsverhältnis, z. B. durch eine anstehende Abschiebung oder auslaufende Duldung, sind kontraproduktiv und schaden am Ende auch dem Unternehmen und damit der deutschen Wirtschaft. Wir fordern, dass **während eines bestehenden, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses keine Ausweisung zulasten des Unternehmens erfolgen darf**.

# EUROPA



# EUROPA

## Worum es geht

Für junge Menschen ist die Notwendigkeit der Europäischen Union nicht immer offensichtlich. Sie kennen die Nachkriegszeit sowie die Zeit der Teilung Deutschlands und Europas meist nur aus Geschichtsbüchern. Zum anderen aber lebt die junge Generation noch nicht in einer Zeit, in der die Europäische Union unumstößlich ist, in der die Existenz der EU nicht mehr hinterfragt wird. Was also machen wir mit der jungen Generation von heute? Für die junge Wirtschaft gibt es nur eine Antwort: Wir müssen sie für Europa begeistern.

## Was wir denken

### ► Wovon profitiert die deutsche Wirtschaft in Hinblick auf die Europäische Integration?



Möglichkeit zu exportieren  
82 %



Möglichkeit, im Ausland Fachkräfte anzuwerben  
44 %



Möglichkeit zu importieren  
37 %



geringere bürokratische Hürden  
35 %



höhere Rechtssicherheit  
32 %



Möglichkeit, im Ausland zu produzieren  
32 %

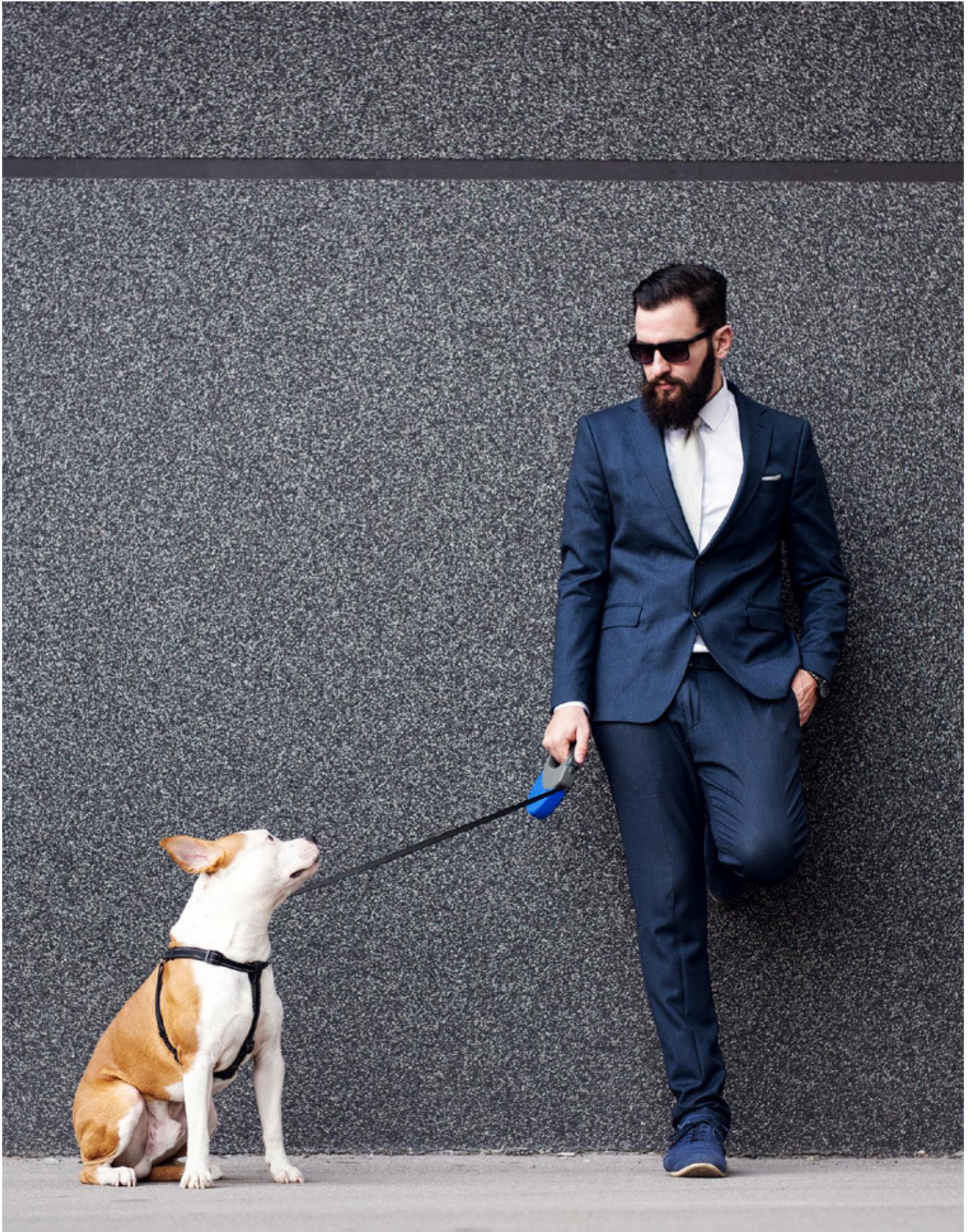


geringeres finanzielles Risiko  
13 %

## Was wir fordern

- Wir Wirtschaftsjunioren fühlen uns dem Leitbild des ehrbaren Kaufmanns verpflichtet. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Geld ist uns wichtig. Diesen Maßstab legen wir auch an die Europäische Union an und fordern ein **Ende der Schuldenpolitik in Europa**. Wir wollen, dass jeder Mitgliedstaat die Verantwortung für die eigenen Staatsfinanzen behält und Europa gemeinsam darüber wacht, dass niemand das Wohl der Gemeinschaft gefährdet. Hilfen durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus müssen der letzte Ausweg bleiben und sollten nur gewährt werden, wenn als Gegenleistung klare und kontrollierbare Strukturreformen erfolgen.
- Wir fordern mehr **Austausch junger Menschen zwischen den Mitgliedstaaten**. Insbesondere sollte das ERASMUS Programm der Europäischen Union als Modell für einen gleichgelagerten Austausch in der dualen Ausbildung dienen.
- Als junge Wirtschaft wünschen wir uns mehr Europa. Mit mehr Europa meinen wir aber nicht unnötige EU-Regulierungen. Als junge Wirtschaft setzen wir uns für den **Abbau von Bürokratie** ein. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen ächzen unter bürokratischen Zwängen. Als junge Wirtschaft fordern wir daher für alle neuen EU-Regeln einen **KMU-Test**. Dieser untersucht Auswirkungen von EU-Regelungen auf die Geschäftstätigkeiten von KMU, wird bislang aber nicht bei allen neuen Regeln angewendet.
- Altlasten aus der Finanzkrise, Unsicherheiten wegen der hohen Staatsverschuldung vieler Mitgliedsstaaten sowie Finanzmarktregulierungen engen den Spielraum der Finanzinstitute bei der Vergabe von Krediten ein. Auch für deutsche Unternehmen kommt es zu Einschränkungen bei der Vergabe langfristiger Kredite. Dies betrifft insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, für die der Finanzierungszugang ohnehin schwieriger ist als für Großunternehmen. Als junge Wirtschaft fordern wir die Schaffung von unbürokratischen Rahmenbedingungen, die den **Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zu langfristiger Finanzierung von Investitionen** ermöglichen.

## BERUF UND FAMILIE



# BERUF UND FAMILIE

## Worum es geht

Wer Kinder zu versorgen oder Angehörige zu pflegen hat, ist auf eine familienfreundliche Arbeitswelt angewiesen. Wir stehen als junge Wirtschaft für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dazu brauchen wir eine gute Infrastruktur und eine Arbeitswelt, die von Flexibilität, Eigeninitiative und Vertrauen geprägt ist. Einseitige Belastungen von Unternehmern tragen indes nicht zur Flexibilisierung der Arbeitswelt bei, sondern schaden am Ende allen – Unternehmen und Beschäftigten.

## Was wir denken

- ▶ Welche Auswirkungen hat die Betreuungsplatz-Situation in Ihrer Region auf Ihr Unternehmen?

Die Situation ist so gut, dass sie ein Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Regionen ist.

6

Die Situation ist gut, es gibt keine nennenswerten Einschränkungen.

23%

Die Situation ist in Ordnung, wenn man bereit ist, die Arbeitszeiten danach auszurichten.

39%

Die Situation ist nicht zufriedenstellend, meine Mitarbeiter sind dadurch eingeschränkt.

25%

Die Situation ist so schlecht, dass wir schon auf Mitarbeiter verzichten mussten, weil sich die Kinderbetreuung nicht bewerkstelligen ließ.

6

## Was wir fordern

- ▶ Wir setzen uns für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein und wollen, dass Eltern die berufliche Anbindung nicht verloren geht. Als junge Wirtschaft haben wir aber auch die deutliche Belastung, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen, durch die Rechtsansprüche bei der Elternzeit im Blick. Insgesamt sollte die **Elternzeit auf maximal zwei Jahre begrenzt werden**, die ausschließlich am Stück und in den ersten zwei Lebensjahren des Kindes genutzt werden kann. Bei Antrag der Eltern sollte eine Übertragbarkeit der Elternzeit auf die Großeltern möglich sein.
- ▶ **Wir warnen davor, nach familienbedingter Teilzeitphase einen Rechtsanspruch auf die Rückkehr zu einer Vollzeitätigkeit zu schaffen.** Wichtiger ist aus unserer Sicht, eine Teilzeitätigkeit nicht mehr mit dem Begriff „Karrierebremse“ in ein schlechtes Licht zu rücken, sondern auch in der öffentlichen Diskussion darauf zu achten, dass Teilzeit die gleiche Wertschätzung erhält wie eine Vollzeit-Beschäftigung.
- ▶ **Als junge Wirtschaft fordern wir die Abschaffung der beitragslosen Mitversicherung von Ehepartnern in der gesetzlichen Krankenversicherung.** Mit den so freigewordenen Mitteln sollte stattdessen die Betreuungsinfrastruktur für Kleinkinder und Schüler weiter ausgebaut werden. Dabei geht es nicht nur um bauliche Maßnahmen zur Schaffung von Betreuungsplätzen, sondern auch um den Ausbau eines entwicklungsgerechten Angebots wie zum Beispiel in der Sprach- und Sportförderung.
- ▶ Wir wollen, dass Menschen mit Verantwortung für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige eine Vielzahl von Angeboten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Anspruch nehmen können. Dazu gehören auch Dienstleistungsangebote der Privatwirtschaft. Als junge Wirtschaft fordern wir, die **steuerliche Absetzbarkeit von Kosten für Betreuung sowie Unterstützung im Haushalt zu verbessern.** Betreuungskosten können zwar schon heute geltend gemacht werden, aber nur anteilig und bis zu Höchstbeträgen. Mit der attraktiveren Ausgestaltung der Absetzbarkeit von Betreuungskosten erhalten Beschäftigte mit familiärer Verantwortung mehr Flexibilität für die Überbrückung von Versorgungslücken. Außerdem würden Familienangehörige pflegebedürftiger Personen von mehr Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen profitieren.

## UNTERNEHMENSGRÜNDUNG UND NACHFOLGE





## INNOVATIONEN



# INNOVATIONEN

## Worum es geht

Damit Deutschland im internationalen Wettbewerb um die besten Ideen auch weiterhin erfolgreich ist, brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen fehlen in Deutschland oft die Voraussetzungen für Forschung und Entwicklung. Hier muss Deutschland gegensteuern und mehr in die Innovationskraft der Unternehmen investieren.

## Was wir denken

### ► Wie könnte die Innovationskraft Deutschlands gestärkt werden?

56%

durch besseren Wissenstransfer zwischen Forschungseinrichtungen und Wirtschaft

49%

durch mehr Forschungsförderung insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen

48%

durch stärkere Orientierung der Schulen auf die Bereiche Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik

37%

durch Deregulierungen

25%

durch Steuerentlastungen für forschende Unternehmen

19%

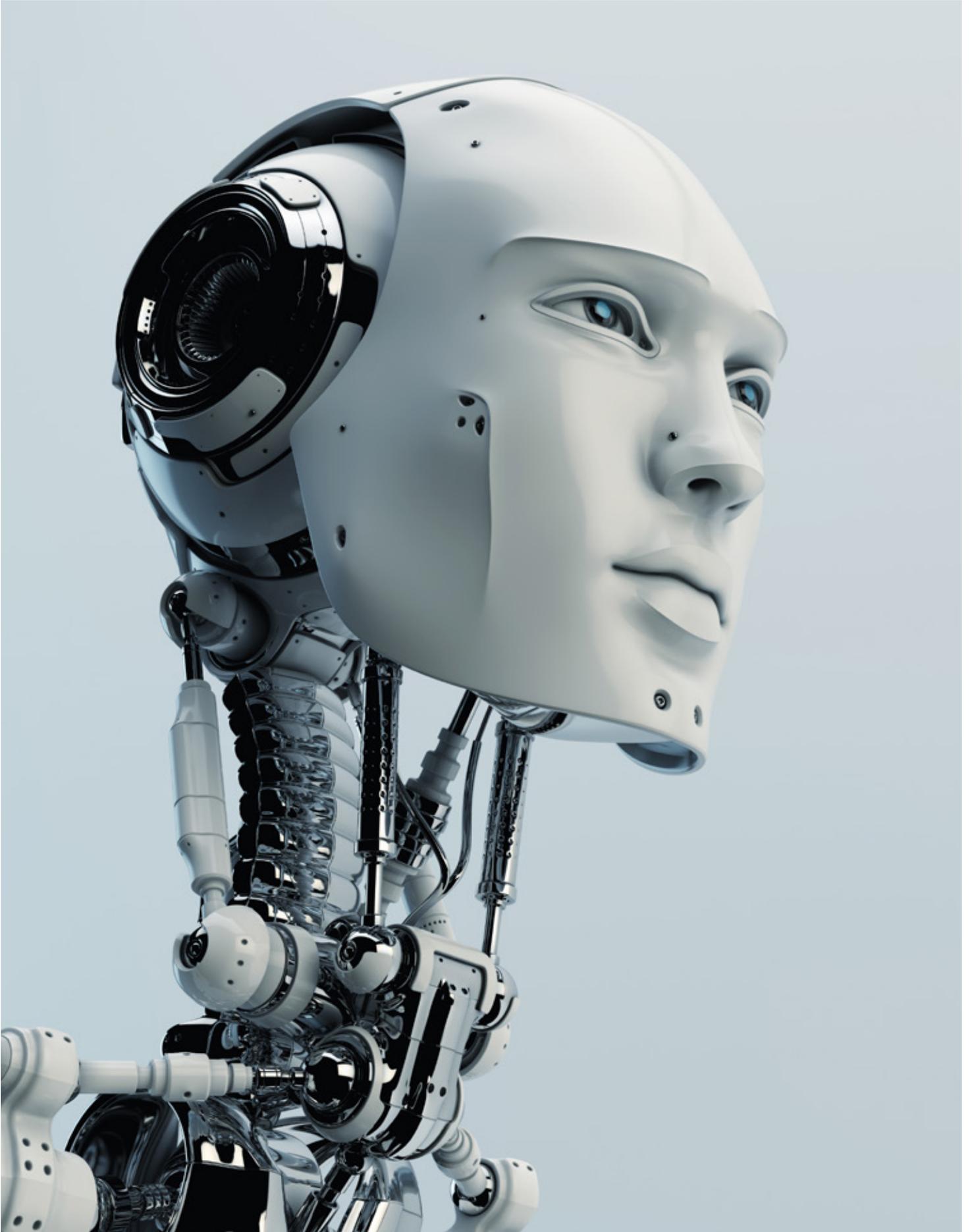
durch stärkere finanzielle Unterstützung von Studenten in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik

## Was wir fordern

► Als junge Wirtschaft sehen wir in der Investitionsschwäche eine der größten Gefahren für den Wirtschaftsstandort Deutschland und fordern daher **mehr staatliche Investitionen in Forschung und Entwicklung**, um entsprechend der Lissabon-Strategie mindestens 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erreichen.

- Eine **steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung** ist in Ergänzung zu der bewährten themenoffenen Projektförderung gerade für kleine und mittlere Unternehmen sinnvoll. Durch die unbürokratische Ausgestaltung beider Maßnahmen haben die Unternehmen die Wahlfreiheit. Mittelfristig könnte auch der Staatshaushalt durch höhere Steuereinnahmen profitieren.
- Die Kosten einer Patentanmeldung sind zu hoch und übersteigen oft die Möglichkeiten kleiner und mittlerer Unternehmen. Auch dauern die Verfahren bis zur Erteilung des Patents zu lange und verzögern die wirtschaftliche Verwertbarkeit von Innovationen. Zudem sollten Patentanmeldungen unkomplizierter werden. Als junge Wirtschaft fordern wir sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene ein **kostengünstiges, schnelles und unkompliziertes Patentwesen**.
- Als junge Wirtschaft fordern wir die **Modernisierung des gewerblichen Rechtsschutzes – insbesondere des Urheberrechts**, denn es wird den Anforderungen der Digitalisierung nicht mehr gerecht. Angesichts des hohen Innovationstempos in der Digitalwirtschaft muss der Gesetzgeber immer häufiger neue Nutzungsformen berücksichtigen. Hier ist mehr rechtliche Flexibilität gefragt. Eine technologieneutrale Gestaltung des Urheberrechts würde den rechtlichen Freiraum für die schnelle Einbindung neuer Anwendungen schaffen.
- Angriffe aus dem Cyberspace auf deutsche Unternehmen gilt es abzuwehren. Für kleine und mittlere Unternehmen ist es eine Herausforderung, Innovationen vor Wirtschaftsspionage zu schützen. Hier fordern wir Bund und Länder auf, **bessere Beratungsangebote zum Schutz von Unternehmensdaten** zu schaffen. Wir fordern außerdem eine nationale Strategie für den Wirtschaftsschutz sowie eine konsequente Bekämpfung der IT-Kriminalität.
- Ziel bei der Energiewende muss sein, die Vorreiterrolle Deutschlands zu nutzen, um die **Marktführerschaft der deutschen Wirtschaft bei erneuerbaren Energien zu erhalten** und zu stärken. So müssen Innovationen beim Ausbau von intelligenten Netzen, Speichertechniken und neuen Kraftwerken sowie bei der Steigerung von Energieeffizienz besser und technologieoffen gefördert werden, bis diese an den Markt herangeführt werden können.

## DIGITALISIERUNG



# DIGITALISIERUNG

## Worum es geht

Der digitale Wandel erfasst mittlerweile die gesamte deutsche Wirtschaft. In fast allen Unternehmen werden Geschäfts- und Arbeitsprozesse von der Digitalisierung beeinflusst. Wo sich bei manchen Unternehmen die Digitalisierung noch auf die EDV beschränkt, gehören in vielen Produktionshallen Anwendungen der Industrie 4.0 wie die automatische Steuerung und Wartung von Maschinen, die Vernetzung von Produktionsabläufen und neue datengetriebene Geschäftsmodelle zum Alltag. Für die junge Wirtschaft steht fest: Die Digitalisierung entscheidet die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

## Was wir denken

- Wie groß ist der Beitrag folgender Maßnahmen zur Stärkung der Digitalisierung der deutschen Wirtschaft?



## Was wir fordern

- Für uns als junge Wirtschaft ist **Netzneutralität** die Grundvoraussetzung für eine wachsende Digitalwirtschaft. Die Entwicklung innovativer Dienste würde behindert werden, wenn Netzbetreiber „Überholspuren“ für bestimmte Daten einrichten würden. Es ist Aufgabe der Politik sicherzustellen, dass Netzbetreiber alle Datenpakete gleichberechtigt durch ihre Leitungen schicken – unabhängig davon, woher diese stammen oder welchen Inhalt sie haben.
- Der Breitbandausbau geht voran. Aber es gibt noch immer viele Regionen ohne schnelles Internet, in denen sich der Datenstrom durch altertümliche Kupferkabel quält. Dabei sinkt die Übertragungsrate mit jedem Meter. Wir fordern einen **engagierteren Breitbandausbau** durch Glasfaser, denn leistungsfähige digitale Infrastrukturen sind schon heute eine Grundvoraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg.
- Digitalisierung betrifft nicht nur technologische Aspekte, sondern ist auch ein Bildungsthema. Denn wer die Logik von Algorithmen nicht versteht, wird in der Digitalwirtschaft nicht erfolgreich sein. Dabei muss Bildung in einer digitalen Gesellschaft so früh wie möglich ansetzen – in der Schule! Als junge Wirtschaft fordern wir die Politik auf, **Programmiersprachen als Alternative für Fremdsprachen** einzuführen, um digitale Kompetenzen zu stärken. So könnten Programmiersprachen zum Beispiel anstatt einer dritten Fremdsprache unterrichtet werden. Wer von Bildungschancen spricht, der kommt an der Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts nicht vorbei.
- Die Digitalwirtschaft ist auf qualifizierte Betriebswirte und Kaufleute angewiesen, die sich bereits im Studium einschlägiges Fachwissen angeeignet haben. Als junge Wirtschaft fordern wir die **stärkere Berücksichtigung der Digitalökonomie im BWL-Studium**. Die Curricula der Hochschulen sollten Lerninhalte wie die Analyse, die Entwicklung und das Management von digitalisierten Geschäftsmodellen beinhalten.
- Die vierte industrielle Revolution verändert unsere Wirtschaft. Wir begrüßen den Einsatz der Bundesregierung bei der Sensibilisierung der deutschen Wirtschaft für das Thema **Industrie 4.0**, fordern aber **auf europäischer Ebene die Entwicklung einheitlicher Standards und eine gemeinsame Rechtsentwicklung** bei Datenschutz, Urheberrecht und digitalem Binnenmarkt, um die digitale Vernetzung der Industrieproduktion weiter voranzutreiben.

## GENERATIONENGERECHTIGKEIT



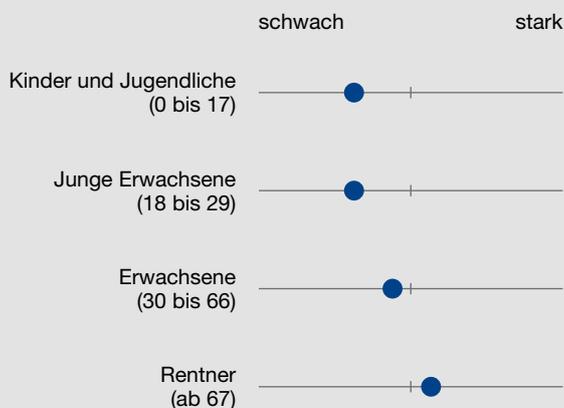
# GENERATIONENGERECHTIGKEIT

## Worum es geht

Die Menschen in Deutschland werden weniger, die Gesellschaft immer älter. Mit dem demografischen Wandel verschieben sich die Gewichte in unserer Gesellschaft und die Herausforderungen an eine gerechte Verteilung von Pflichten und Ansprüchen nehmen zu. Wir müssen uns die Frage stellen, welche neuen Instrumente wir brauchen, um Entscheidungen zu treffen, die von der jungen Generation mitgetragen werden können. Wenn es zum Beispiel darum geht, Sozialversicherungssysteme zu reformieren und Rahmenbedingungen unseres Zusammenlebens anzupassen, dann müssen Politiker junge Menschen fragen, was das konkret für sie bedeutet.

## Was wir denken

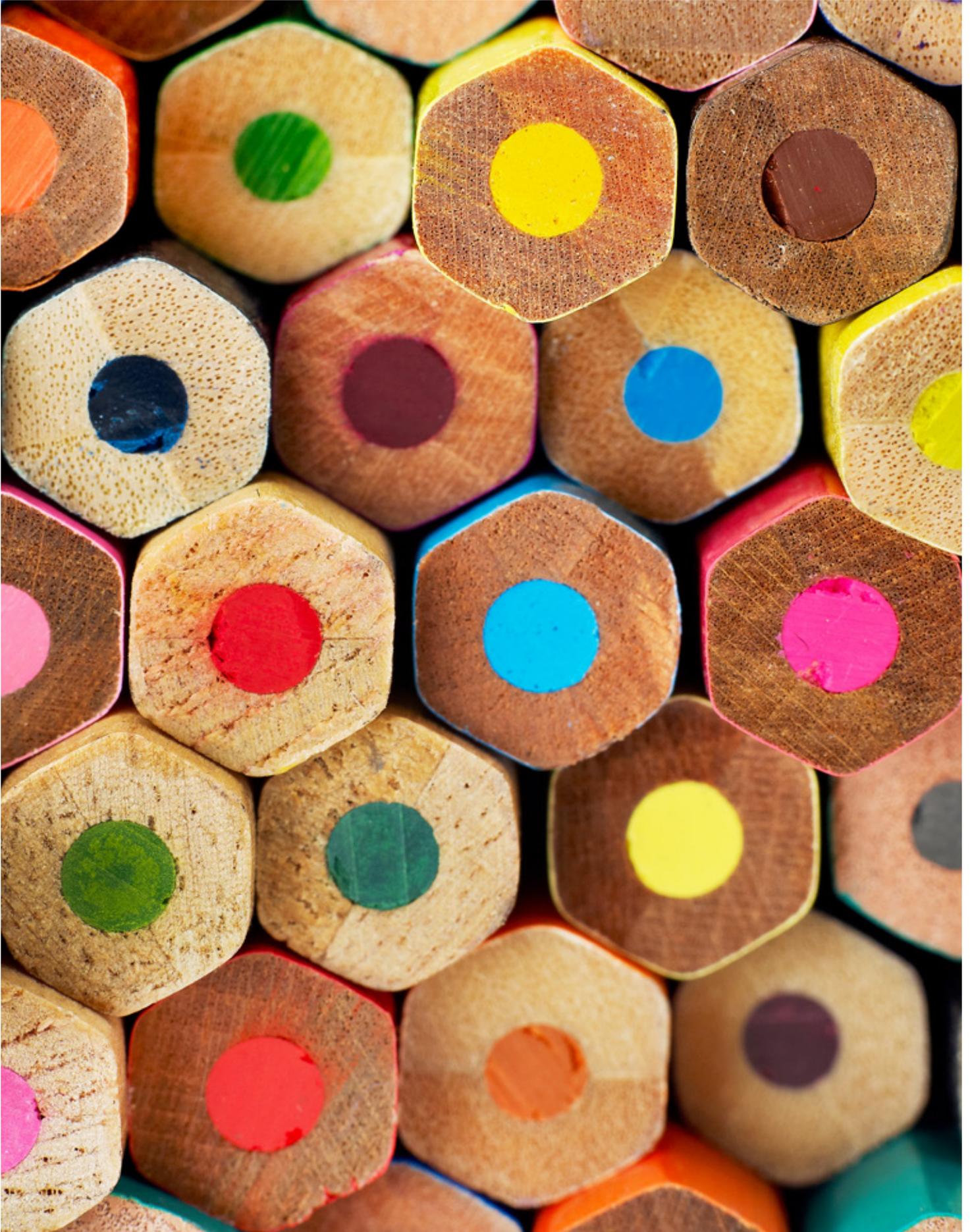
- Wie stark nimmt die Politik auf die Bedürfnisse der verschiedenen Generationen Rücksicht?



## Was wir fordern

- Im Rahmen eines Demografie-Checks für alle neuen Gesetze und Verordnungen prüft die Bundesregierung deren Folgen für kommende Generationen. Jedoch ist der Demografie-Check bislang unverbindlich. Selbst die nachgewiesene Benachteiligung der jüngeren Generationen hat keine Konsequenzen. Wir fordern einen **verbindlichen Demografie-Check**. Auch müssen Gesetze, die einseitig junge Menschen belasten, verhindert statt nur erkannt werden.
- Als Vertreter der jungen Generationen der Wirtschaft halten wir auch weiterhin an dem Ziel fest, **Generationengerechtigkeit als Staatsziel** im Grundgesetz zu verankern. Wegen des zunehmend geringer werdenden Anteils junger Menschen an der Gesamtbevölkerung verdienen deren Interessen besonderen Schutz.
- Als junge Wirtschaft fordern wir, die Rentenversicherung zukunftssicher zu machen, denn mit dem zunehmenden demografischen Wandel gerät das Verhältnis zwischen beitragszahlenden Erwerbspersonen auf der einen und Rentnern auf der anderen Seite immer weiter aus dem Gleichgewicht. Insbesondere sollte der Renteneintritt nicht an ein konkretes Alter, sondern an das individuelle Leistungsvermögen der Menschen gekoppelt sein. Basierend auf unserem Verständnis von Arbeit als erfüllendem Bestandteil des Lebens fordern wir die **Abschaffung des gesetzlichen Renteneintrittsalters**.
- Der Solidaritätszuschlag ist eine Ergänzungsabgabe für die Kosten der Deutschen Einheit und läuft mit dem Ende des Solidarpaktes II im Jahr 2019 aus. Wir **lehnen die Weiterführung des Solidaritätszuschlags ab**. Denn im Ergebnis wäre die Verlängerung einer auslaufenden Abgabe gleichbedeutend mit der Einführung einer Steuer.

## FAIRE BILDUNGSCHANCEN



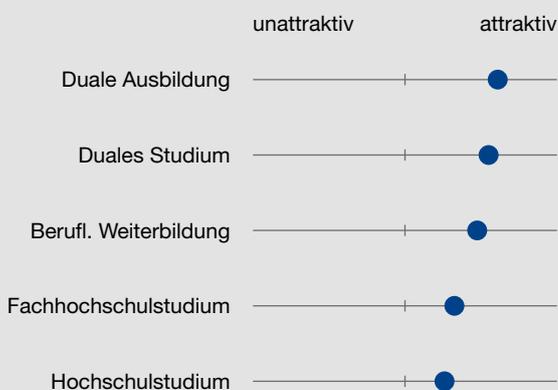
# FAIRE BILDUNGSCHANCEN

## Worum es geht

In Deutschland sind soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen der Eltern zu oft ausschlaggebend für den Bildungserfolg der Kinder. Dabei kann gerade für Jugendliche aus benachteiligten Familien Bildung der Schlüssel zu einer selbstbestimmten und erfolgreichen Zukunft sein. Wir wollen, dass jeder unabhängig von seiner Herkunft Zugang zu guter Bildung hat, eigene Begabungen entfalten und die Zukunft selbst in die Hand nehmen kann. Gleichzeitig gilt es, junge Menschen schon früh mit dem Leistungsprinzip vertraut zu machen, um sie auf das spätere Arbeitsleben vorzubereiten.

## Was wir denken

- ▶ Wie bewerten Sie die Attraktivität folgender Bildungswege hinsichtlich der Anforderungen Ihres Unternehmens an theoretische und praktische Fähigkeiten der Absolventen?



## Was wir fordern

- ▶ Jedes Kind muss die Chance auf eine gute Bildung bekommen – unabhängig von den Möglichkeiten der Eltern. Deshalb brauchen wir Kitas, die **frühkindliches Lernen fördern**, ein **Pflicht-Vorschuljahr**, das auf den Übergang in die Grundschule vorbereitet, **verpflichtende Angebote für Kinder mit Förderbedarf**, wie zum Beispiel zusätzlichen Sprachunterricht sowie **flächendeckend Ganztagschulen**, in denen Kindern und Jugendlichen auch am Nachmittag Unterstützung angeboten werden kann.
- ▶ Jeder kann in Deutschland kostenfrei und unabhängig vom Einkommen der Eltern studieren. Im Gegensatz dazu werden Kinder von frühkindlicher Bildung ausgeschlossen, wenn deren Eltern die Kindergartengebühren nicht finanzieren können. Als Vertreter der jungen Generation fordern wir, dass auch der Besuch von Kitas und damit der Zugang zu frühkindlicher Bildung in ganz Deutschland kostenlos ist. Nur mit **kostenfreien Kitas** haben alle Kinder die gleichen Bildungschancen.
- ▶ **Schulabschlüsse müssen vergleichbar sein**, um Transparenz und Mobilität zu gewährleisten. Deutschlandweit einheitliche Rahmenbedingungen helfen Unternehmen, das Wissen potentieller Auszubildender und Beschäftigter zuverlässig einzuschätzen. Wir fordern deshalb, dass die Lernziele einzelner Schulabschnitte sowie die Prüfungsinhalte vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur bundeseinheitlich angeglichen werden. Bei der Erreichung der festgelegten Ziele sollte den einzelnen Schulen ein großer Gestaltungsspielraum eingeräumt werden, denn nur sie kennen die Situation vor Ort.
- ▶ Daneben benötigen Schulen präventive Instrumente zur Einbindung von Eltern bei der Einhaltung der Schulpflicht, wie zum Beispiel **Elternverträge**. Mit diesen werden Regeln wie ordentliche Kleidung, ein Frühstück am Morgen oder ein regelmäßiger Blick ins Elternheft klar beschrieben und von beiden Seiten unterzeichnet. In Modellschulen werden Elternverträge bereits in nicht rechtsverbindlicher Form abgeschlossen. Schulen mit entsprechenden Bedarfen sollten Elternverträge in rechtsverbindlicher Form abschließen können.
- ▶ Um leistungsschwache Jugendliche zu unterstützen, müssen pädagogische Angebote und das Engagement von Unternehmern ineinandergreifen. Nur so wird sichergestellt, dass **Jugendliche nicht am Arbeitsmarkt vorbei qualifiziert** werden. Insbesondere müssen Qualifizierungsmaßnahmen so nah wie möglich am unternehmerischen Alltag sein, Einstiegsqualifizierungen müssen Vorrang vor schulischen Maßnahmen haben und Betriebspraktika für nicht ausbildungsreife Jugendliche müssen auch außerhalb des Mindestlohngesetzes möglich sein.
- ▶ Pädagogen und Lehrer ohne Berufserfahrung in der Privatwirtschaft können Fragen von Schülern zu Wirtschaft und Berufsleben nur unzureichend beantworten. Jeder Lehrer sollte sich daher mindestens alle drei Jahre durch ein **Informationspraktikum in der freien Wirtschaft** auf den aktuellen Stand bringen, um Schülern Ansprechpartner und Vorbild sein zu können.

## Themen

Junge Wirtschaft . . . . .	2
Konjunktur . . . . .	4
Wettbewerbsfähigkeit . . . . .	6
Arbeitsmarkt . . . . .	8
Fachkräfte . . . . .	10
Europa . . . . .	12
Beruf und Familie . . . . .	14
Unternehmensgründung und Nachfolge . . . . .	16
Innovationen . . . . .	18
Digitalisierung . . . . .	20
Generationengerechtigkeit . . . . .	22
Faire Bildungschancen . . . . .	24

### Herausgeber

Wirtschaftsjunioren Deutschland e. V.  
Verantwortlich: Melanie Vogelbach, Alexander Kulitz  
Redaktion: Thomas Usslepp  
Kreativdirektion: Thomas Usslepp  
Breite Straße 29  
10178 Berlin  
Telefon: 030/203 08 15 15  
Fax: 030/203 08 15 22  
E-Mail: wjd@wjd.de  
Internet: www.wjd.de

### Durchführung der Befragung und Gestaltung der Broschüre

evalux – Evaluation. Forschung. Beratung.  
Beteiligte: Björn M. Neuhaus, Stefan Siegel  
Liebenwalder Straße 2  
13347 Berlin  
Telefon: 030/692 050 77-0  
Fax: 030/692 050 77-9  
E-Mail: info@evalux.net  
Internet: www.evalux.net

### Bildnachweise

Shutterstock (S. 1/26 Marco Prati, S. 6/7 Konstantin Kuznetkov, S. 8/9 Elwira Lipko, S. 10/11 Chik\_77, S. 12/13 Cristian Gusa, S. 16/17 FotograFFF, S. 18/19 Tuzemka, S. 20/21 Ociacia, S. 22/23 Dobo Kristian, S. 24/25 goir), Fotolia (S. 4/5 ras-slava, S. 14/15 Dusan Petkovic)  
WJD/Thomas Rosenthal (S. 2/3)

Geodaten © evalux, OpenStreetMap und Mitwirkende, CC-BY-SA

Erhebungszeitraum: Februar 2017, 1241 befragte Personen.

Die Informationen zur Konjunktur auf Seiten 4 und 5 basieren auf der Sonderauswertung der DIHK-Konjunkturumfrage vom Jahresbeginn 2017 zur Jungen Wirtschaft in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsjunioren Deutschland.

Stand: März 2017

